

Präsidenten des Nationalen Volkskongresses, Li Peng, auf den 2. April dieses Jahres festgelegt worden. Li wird auf eigenen Wunsch eine Woche in Japan verbringen und die Zeit auch zum Besuch Westjapans nutzen.

Es wird erwartet, dass ein Thema für Gespräche zwischen Li und seinen Gastgebern auf der japanischen Seite der Fall eines am 22. Dezember letzten Jahres in Ostchinesischen Meer gesunkenen Bootes sein wird. Das unidentifiziert gebliebene Schiff hatte sich zuvor ein Feuergefecht mit der japanischen Küstenwache geliefert. Japan wünscht nun das Schiff zu bergen, um dem Verdacht nachgehen zu können, es könne sich damals womöglich um eine nordkoreanische Spionagemission gehandelt haben. Schwierigkeiten bereitet hierbei jedoch die Tatsache, dass es sich bei dem Seegebiet, in dem das Schiff sank, um chinesische Wirtschaftsgewässer handelt und eine Bergungsaktion nach chinesischer Auffassung einen Eingriff in die chinesische Souveränität darstellen könnte.

Ein wirtschaftliches Thema könnte zwischen Japan und China ebenfalls zunehmend wichtiger werden. International wächst angesichts des enormen Volumens uneinbringbarer Kredite die Furcht vor einem Crash der japanischen Finanzwirtschaft. Und auch der chinesische Präsident Jiang Zemin hatte Anfang Februar gegenüber einer Delegation der japanischen New Conservative Party in China mit großer Deutlichkeit darauf hingewiesen, Japan müsse seine Anstrengungen zur Reformierung des Finanzsektors beschleunigen. Auch in China wachsen offensichtlich Bedenken, das eigene Land könne im Falle eines japanischen Crashes mit in den Strudel gerissen werden, schließlich existiert das Problem fauler Kredite in großem Ausmaß auch hier. (XNA, 10.2.02; Xinhua, 9.2.02, nach BBC PF, 11.2.02; Kyodo News Service, 9.2.02, nach BBC PF, 10.2.02; Kyodo News Service, 15.2.02, nach BBC PF, 16.2.02) -kg-

8 Anti-Drogen-Kooperation mit Myanmar

Erstmalig gewährt China ausländischen Drogenfahndern die Teilnahme an einer systematischen Fortbildung in einer Einrichtung der chinesischen

Sicherheitsbehörden. Am 24. Februar traten 25 Offiziere und Soldaten aus dem südlichen Nachbarland Myanmar ihren Kurs in der Public Security Senior Technical School in, Kunming, der an Myanmar grenzenden südwestchinesischen Provinz Yunnan, an.

Der Trainingskurs ist Teil der gemeinsamen Anstrengungen beider Länder zur Bekämpfung der transnationalen Drogenkriminalität im Goldenen Dreieck. Diese Initiativen begannen bereits Anfang der neunziger Jahre, und erst im vergangenen Jahr war man übereingekommen, den gemeinsamen Kampf zu intensivieren. China und Myanmar tauschen in diesem Zusammenhang seit mehreren Jahren Fahndungserkenntnisse, unternehmen gemeinsame Aktionen gegen den Drogenschmuggel und kooperieren im Zusammenhang mit der Entwicklung alternativer landwirtschaftlicher Anbauprodukte für die Opiumanbaugebiete.

Im Rahmen der bilateralen Kooperation und des 1998 von Myanmar verabschiedeten Fünfzehnjahresplans zur Drogenbekämpfung war der Polizei in Myanmar, gestützt auf chinesische Informationen, erst kürzlich ein großer Schlag gegen den Drogenschmuggel geglückt. Beim Versuch einer Festnahme wurde am 29. Januar der chinesische Drogenbaron Liu Ming erschossen, der verdächtigt wurde, seit den frühen neunziger Jahren große Mengen von Heroin aus dem Goldenen Dreieck in verschiedene Regionen Chinas geschmuggelt zu haben und sich zum Schutz seiner illegalen Operationen einer Privatarmee bedient zu haben.

Für China war die Notwendigkeit zur Kooperation im Kampf gegen Drogen während der neunziger Jahre gewachsen, da die Volksrepublik nun selbst immer mehr zu einem Absatzmarkt für harte Drogen wurde, während sie in den Jahren zuvor primär als Transitland für den Drogenschmuggel gedient hatte, weil die Drogenbekämpfung in anderen Ländern Südost- und Ostasiens verschärft worden war.

Neue Brisanz bekam der Drogenschmuggel aus dem Goldenen Dreieck nach und durch China nun jüngst durch die Militäraktionen in Afghanistan im Zuge der Bewältigung der terroristischen Angriffe in den

USA. Durch die Kriegshandlungen, die Truppenpräsenz und die Übernahme der Macht in Kabul durch die neue afghanische Übergangsregierung, kam die Opiumproduktion in Afghanistan fast zum Erliegen. Aufgrund der ungebrochenen internationalen Nachfrage nach Heroin geht man in China und anderswo nun davon aus, dass Myanmar und Laos inzwischen die Hauptproduzenten von Rohopium und Heroin in Asien sein dürften. Die Großstädte Chinas bilden so zweifelsohne den nächstgelegenen lukrativen Markt.

Im Hinblick auf Laos dürfte sich in diesem Zusammenhang die Anfang Februar in Beijing unterzeichnete Vereinbarung über die gegenseitige Auslieferung von Straftätern als hilfreich erweisen. Darüber hinaus setzt China wie auch gegenüber Myanmar auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Unterstützung bei der Entwicklung von Laos. Während des China-besuchs des laotischen Premierministers Bounngang Vorachit wurden denn auch nach Gesprächen mit Zhu Rongji und Jiang Zemin ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, eine Vereinbarung über ein Kooperationsprogramm im Bildungssektor sowie über eine Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken beider Länder unterzeichnet. (*The Straits Times* online, 5.2.02; ZXS, 24.2.02, nach BBC PF, 26.2.02; XNA, 5.2.02; Xinhua, 5.2.02, nach BBC PF, 6.2.02) -kg-

Innenpolitik

9 Chinesische Neujahrsaktivitäten: Feiern, Reisen und Hilfsmaßnahmen

Im Februar gab es – vor allem in der Hauptstadt Beijing – zahlreiche Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem chinesischen Neujahrsfest standen. Am 11. Februar fand unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten und Generalsekretärs Jiang Zemin in der Großen Halle des Volkes die offizielle Feier mit 4.500 Gästen statt, an der auch zahlreiche Politbüro- und Regierungsmitglieder teilnahmen. Schon am 10. Februar traf man sich unter der

Leitung des Stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao im selben Gebäude zu einer „Neujahrsparty“. Ministerpräsident Zhu Rongji hielt am 11. Februar eine Rede, in der er u.a. auf die WTO-Mitgliedschaft, die Olympiaplanung und die künftige Regierungsarbeit einging. Der Vorsitzende der Nationalen Konsultativkonferenz, Li Ruihuan, hatte schon am 6. Februar Vertreter von verschiedenen Religionsgruppen eingeladen.

In dieser Zeit begaben sich auch – wie in früheren Jahren – einige Spitzenfunktionäre auf Inspektionsreisen in die Provinzen und verbrachten dort die Feiertage. Gleichzeitig wurden „großzügige“ Hilfsmaßnahmen für besonders arme Gebiete – vor allem in Sichuan und Tibet – bekannt gegeben. (Xinhua, 6., 10., 11., 12., 15., 20.2.02, nach BBC PF, 6., 10., 11., 12., 15., 20.2.02; FBIS, 15., 20.2.02) -tk-

10 Chinesische Jahrestage:

Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Mao Zedong und die Nixon-Reise von 1972

Normalerweise werden in China Geburts- und Todestage sowie andere Jahrestage sehr ernst genommen. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden allerdings einige wichtige Daten weitgehend ignoriert. Im Januar jährte sich zum fünfzehnten Mal einer der dramatischsten Führungswechsel in Partei und Regierung: Am 16. Januar 1987 war Hu Yaobang nach Studentendemonstrationen in den vorangegangenen Wochen als Generalsekretär zurückgetreten. Daraufhin übernahm Ministerpräsident Zhao Ziyang – zunächst als amtierender Generalsekretär – die Führung der Partei und wurde im Herbst des gleichen Jahres auf dem 13. Parteitag offiziell als Parteichef bestätigt.

Eine wichtige Folge war die Ernennung Li Pengs zum Nachfolger Zhaos als Ministerpräsident. Während Hu Yaobang im April 1989 starb und Zhao Ziyang im Juni 1989 gestürzt wurde, blieb Li Peng bis 1998 im Amt und wurde danach Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses.

In den Februar fiel der zehnte Jahrestag von Deng Xiaopings „Reise in den Süden“, nach Shenzhen, Zhuhai, usw. (1992), bei der er zu energischeren Re-

formen aufgerufen hatte. Über dieses Ereignis wurde jetzt ebenfalls kaum berichtet; ausländische Beobachter erklärten dies damit, dass Deng damals auch Jiang Zemin wegen mangelnder Initiative kritisiert hatte. Auch der fünfte Todestag Deng Xiaopings (19. Februar 1997) wurde kaum zur Kenntnis genommen. Dagegen wurden Jiang Zemin's „theoretische“ Leistungen in diesem Monat wieder besonders betont (vgl. C.a., 2001/7, S.739-746).

Vor knapp 45 Jahren begann die Anti-Rechts-Kampagne, in der auch Deng Xiaoping eine entscheidende Rolle bei der Beendigung der liberalen „Hundert-Blumen-Bewegung“ gespielt hatte. Im Gegensatz zum Umgang mit der Kulturrevolution ist Kritik an dieser Kampagne – und Deng Xiaopings Rolle – bis heute kaum erlaubt. Offiziell wird zwar eingestanden, dass die Kampagne „zu weit“ ging, gleichzeitig heißt es bis heute, dass sie nötig gewesen sei. Ein wesentlicher Widerspruch in der offiziellen Interpretation besteht darin, dass die gleichen Personen für die gleichen „Taten“ 1957 angeblich „zu Recht“, ab 1966 in der Kulturrevolution dagegen „zu Unrecht“ angegriffen wurden.

Auch der gegenwärtige Ministerpräsident Zhu Rongji wurde damals zum „Rechtsabweichler“ erklärt, hat aber wohl wenig Einfluss auf die heutige Geschichtsschreibung. Im Ausland lebende Intellektuelle wie Liu Binyan und Wang Ruowang haben die Haltung der KP in Bezug auf die damalige Kampagne immer wieder kritisiert und – vergeblich – eine uneingeschränkte Rehabilitierung aller Opfer gefordert (vgl. C.a., 2002/1, Ü 13).

Am 27. Februar 1957 hatte Mao Zedong die Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke“ gehalten, die bis heute als eine seiner wichtigsten und interessantesten angesehen werden kann. Der Originaltext der Rede, die noch zur Hundert-Blumen-Kampagne gehörte, ist offenbar bis heute in der Volksrepublik nicht allgemein zugänglich, auch eine deutsche Übersetzung liegt bisher nicht vor – allerdings gibt es in der Volksrepublik verschiedene interne Nachdrucke und in den USA eine englische Fassung (siehe Roderick MacFarquhar, *The Secret Speeches of Chairman Mao*, Boston, 1989). Die offizi-

elle – auch in die *Ausgewählten Werke* (Band 5) aufgenommene Fassung – hat wenig Ähnlichkeit mit dem Originaltext. Interessanterweise hatten im Frühjahr 1957 einige DDR-Studenten in Beijing die Gelegenheit, eine Tonbandaufzeichnung von Maos Rede zu hören.

Der 28. Februar war schließlich der 55. Jahrestag des gleichnamigen „Zwischenfalls“ in Taiwan (1947), bei dem zahlreiche Taiwanesen gegen die Kuomintang (KMT) protestiert hatten und verhaftet bzw. getötet wurden. Während früher in der Volksrepublik im Zusammenhang mit diesem Datum die grausame Unterdrückung der taiwanesischen Bevölkerung durch die KMT verurteilt wurde, ist dies heute unerwünscht, da die KMT – als Verfechter der chinesischen Einheit – eher unterstützt werden soll. Außerdem sind heutzutage Hinweise auf die Unterdrückung der Taiwanesen durch Festlandschinesen insgesamt unerwünscht. (In Taiwan gibt der Umgang mit dem Jahrestag jedes Jahr wichtige Hinweise auf die Haltung der Parteien zur Unabhängigkeit bzw. Wiedervereinigung und zum Verhältnis zwischen „Eingeborenen“ und „Einwanderern“.)

Im Gegensatz zu den oben genannten Ereignissen wurde – im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush – recht ausführlich über den 30. Jahrestag des Chinabesuchs von Richard Nixon (und Henry Kissinger) berichtet (21.-28. Februar 1972).

Hierbei ist erwähnenswert, dass im Februar in den Vereinigten Staaten verschiedene Dokumente Richard Nixons und Henry Kissingers veröffentlicht wurden, die die bisherigen Darstellungen – einschließlich der früher veröffentlichten Beschreibungen in den Memoiren Kissingers – ihres Chinabesuchs in Frage stellen; vor allem wurde bekannt, dass die Taiwanproblematik bei den chinesisch-amerikanischen Verhandlungen eine sehr wichtige Rolle spielte und sich die amerikanische Seite damals erstaunlich kompromissbereit zeigte. Einige dieser Dokumente sind auch im Internet zugänglich (<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB66/>). (CD, 20.2.02; *Beijing Review*, 21.2.02; *New York Times*, 28.2.02) -tk-

11 Neues zur Korruptionsbekämpfung

Am 20. Februar wurde in Beijing mitgeteilt, dass kurz zuvor die vierte Arbeitskonferenz zur Korruptionsbekämpfung stattgefunden hätte. Neben Ministerpräsident Zhu Rongji, der die Hauptrede hielt, nahmen auch Wei Jianxing, Qian Qichen, Wu Bangguo, Wen Jiabao und andere Spitzenpolitiker teil.

Ende Januar hatte die Wochenzeitschrift *Liaowang* einen ausführlichen Beitrag über die Korruptionsbekämpfung veröffentlicht; danach wurden im Jahre 2001 16 Führungskader bestraft oder untersucht, zu denen der frühere Provinzgouverneur von Yunnan, Li Jiating, der frühere stellvertretende Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou, und der frühere stellvertretende Direktor der Zollverwaltung, Wang Leyi, gehörten. Insgesamt hätten die zuständigen Organe in 175.364 Fällen Disziplinarmaßnahmen durchgeführt (vgl. C.a., 2001/5, CMD).

Ein Gericht in der südchinesischen Stadt Yunfu (Provinz Guangdong) hat Xie Hong, den früheren stellvertretenden Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit der gleichen Stadt, wegen Korruption, Bestechung, Schmuggel und Bigamie zum Tode verurteilt; Xie legte Berufung ein. In den Fall waren insgesamt 38 Personen verwickelt von denen 19 Haftstrafen erhielten.

In dem Korruptionsfall, in den der frühere Bankdirektor Wang Xuebing verwickelt ist, den die *Neue Zürcher Zeitung* als „größten Bankenskandal seit Gründung der Volksrepublik“ bezeichnete (vgl. C.a., 2002/1, Ü 10, Ü 16), gibt es zwar aus China noch keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, in westlichen Zeitungen und Zeitschriften wie *Neue Zürcher Zeitung*, *Economist* und *Washington Post* wurde der Fall jedoch recht ausgiebig diskutiert. Vor allem in amerikanischen Medien wird Wang als intelligent und kompetent beschrieben, gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass Wang nur durch seine Kontakte mit Zhu Rongji so weit aufsteigen konnte und dass aus dem gleichen Grund, seine „Taten“ nicht schon früher untersucht wurden. Außerdem wird behauptet, dass die Entdeckung des Skandals eher auf die amerikanischen Untersuchun-

gen der New Yorker Filiale der Bank of China als auf chinesische Ermittlungen zurückgeht. Der *Economist* befasst sich daneben auch mit den Skandalen, in die zwei Söhne Li Pengs, Li Xiaopeng und Li Xiaoyong, verwickelt sind. (FBIS, 28.1.02; Xinhua, 7.2.02, nach BBC PF, 7.2.02; Xinhua, 20.2.02, nach BBC EF, 20.2.02; NZZ, 31.1.02; *Economist*, 14.2.02; *Washington Post*, 16.2.02) -tk-

12 Nachwuchssorgen in der chinesischen Armee

Der chinesischen Armee fällt es seit einigen Jahren zunehmend schwer, junge Männer für den Wehrdienst zu rekrutieren, so ein Bericht der *Liberation Army Daily (Jiefangjun Bao)* vom 10. Januar des Jahres. Während die Volksbefreiungsarmee in der Vergangenheit immer aus dem Vollen schöpfen konnte, und mehr Bewerber insbesondere vom Lande nach der Eisernen Reisschüssel in der Armee greifen wollten, schrumpfte der Pool der geeigneten Kandidaten inzwischen von Jahr zu Jahr.

Für diese zunehmend als problematisch erkannte Situation werden mehrere Gründe genannt, die zum einen struktureller Natur sind, zum anderen jedoch in engem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas während der letzten zwanzig Jahre stehen. Nicht zuletzt sind es chinesische Gesetze, die das Dilemma um den Wehrdienst in China verstärken. Bislang ist eine Relation von 80% ländlichen und 20% städtischen Wehrdienstleistenden festgeschrieben. Angesichts der fortschreitenden Urbanisierung Chinas – und wenn diese nur aus der administrativen Verleihung von Stadtrechten oder der Eingemeindung besteht – resultiert ein schrumpfender Anteil der ziehbaren Landbevölkerung. Erschwerend kommt hinzu, das Einzelkinder in der Regel von der Verpflichtung zum Militärdienst ausgenommen sind und nun angesichts der Geburtenkontrollpolitik insbesondere in den Metropolen des Ostens Chinas eine Generation der Einzelkinder herangewachsen ist. Auch stehen bislang Studenten höherer Lehranstalten den Rekrutierungsstellen nicht für den Wehrdienst zur Verfügung. Da aber der Anteil derer,

die eine höhere Bildung anstreben, beständig wächst, verringert dies zusätzlich den Pool geeigneter junger Männer.

Den Erfolgen in der Bildungspolitik wird auch zugeschrieben, dass die körperliche Eignung von Rekrutengeneration zu Rekrutengeneration ebenfalls abnimmt. Insbesondere die Zahl der Kurzsichtigen, die somit der Armee nicht zur Verfügung stehen, sei in den vergangenen Jahren in erschreckender Weise gewachsen. Darüber hinaus entzogen sich immer mehr ländliche Jugendliche durch Abwanderung an unbekanntere Orte (Arbeitsmigration) und eine wachsende Zahl städtischer Jugendlicher durch Vortäuschung mangelnder körperlicher Eignung der Rekrutierung. Diese Phänomene seien besonders im entwickelten Osten des Landes verbreitet, wo viele fürchteten, angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung durch das Ableisten des Wehrdienstes auf dem Arbeitsmarkt bzw. in ihrer Karriereplanung benachteiligt zu werden.

All diesen Phänomenen steht auf der anderen Seite ein um 60% gewachsener jährlicher Bedarf an neuen Rekruten gegenüber, seit die Dauer des Wehrdienstes auf zwei Jahre verkürzt worden sei. Als Ausweg aus diesem Dilemma wird zunächst die härtere Bestrafung all derer gefordert, die sich ihrer Verpflichtung entziehen. Darüber hinaus denkt man an eine Erhöhung der Quote für solche jungen Männer, die erst seit weniger als einem Jahr einen städtischen Wohnsitz besitzen. Auch die gesundheitlichen Kriterien seien zu überdenken, besonders was die Kurzsichtigkeit angeht.

Insbesondere müssten jedoch diejenigen Jugendlichen mit höherer Bildung sowohl auf dem Lande als auch in den Städten stärker herangezogen werden. Auch Universitätsstudenten dürften nicht mehr ausgenommen bleiben, würde man die Zielsetzung einer qualitativen Verbesserung der Armee angesichts der Erfordernisse der Landesverteidigung ernst nehmen. (JFJB, 10.1.02, nach FBIS, 10.1.02) -kg-

13 Erneute Proteste ausländischer Falungong-Anhänger auf dem Tiananmen-Platz

Über vierzig ausländische Falungong-Anhänger haben am 14. Februar auf dem Tiananmen-Platz in Beijing gegen das offizielle Verbot der Falungong-Bewegung in China protestiert. Es handelte sich damit bisher um die größten Protestaktionen von Ausländern in der chinesischen Hauptstadt. Allerdings war es bereits im November vergangenen Jahres zu einer ähnlich großen Demonstration in Beijing gekommen, als es knapp drei Dutzend westlichen Falungong-Anhängern gelungen war, von den Sicherheitskräften unerkannt auf dem Tiananmen-Platz Falungong-Banner zu entrollen. In Reaktion auf die Protestaktion wurden damals 35 ausländische Staatsangehörige des Landes verwiesen (vgl. C.a., 2001/11, Ü 10).

Die diesmaligen Proteste fielen zeitlich in die Woche der nationalen Feiertage anlässlich des jährlichen Frühlingsfestes, dem traditionell eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Stärker dürfte bei der zeitlichen Planung aber der bevorstehende Chinabesuch des US-amerikanischen Präsidenten Bush gewogen haben, der in der darauf folgenden Woche in Beijing erwartet wurde. Von zahlreichen amerikanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen und anderen Gruppen war Präsident Bush gedrängt worden, seine China-Reise dafür zu nutzen, sich für die Gewährung von echter Religionsfreiheit in China einzusetzen. Seit der versuchten Selbstverbrennung von fünf mutmaßlichen Falungong-Anhängern im Januar 2001 in Beijing ist die internationale öffentliche Meinung allerdings zunehmend darüber gespalten, inwieweit es sich bei Falungong um eine legal operierende, sozial verträgliche religiöse Bewegung bzw. Meditationspraxis oder aber um eine sektenartige Organisation mit gesellschaftlichem Gefährdungspotenzial handle.

Wie bei vorherigen Protestaktionen entrollten die Demonstranten Banner und riefen „Falungong ist gut!“, bevor sie von mehreren Dutzend (nach einer Angabe über hundert) Polizisten in Zivil festgesetzt und in Polizeiwagen abtransportiert wurden. Unter den Protestierenden sollen sich neun (eine

andere Quellen spricht von sieben) Deutsche, sechs Kanadier, fünf Briten, zwei Finnen sowie eine nicht genannte Zahl von belgischen, schweizerischen, schwedischen, polnischen und französischen Staatsangehörigen befunden haben.

Bereits in den Tagen zuvor waren ein Amerikaner und ein Kanadier sowie bei einer Razzia in Beijinger Hotels 14 weitere mutmaßliche ausländische Falungong-Anhänger festgenommen worden. Insgesamt sollen von den chinesischen Sicherheitskräften in Reaktion auf die Proteste 53 Ausländer aus China ausgewiesen worden sein. Ferner sollen sieben ausländische Journalisten, die bei den Protesten auf dem Tiananmen-Platz anwesend gewesen waren, von der Polizei festgenommen und verhört worden sein.

Wie internationale Medien berichteten, wurde der Umstand, dass Ausländer auf chinesischem Boden demonstrierten, von chinesischen Bürgern mit einigem Befremden aufgenommen. Auch aus diplomatischen Kreisen soll einer gewissen Sorge Ausdruck verliehen worden sein, dass die Proteste Öl ins Feuer der offiziellen chinesischen Argumentation gießen könnten, wonach die Falungong-Bewegung gezielt mit „feindlichen Kräften“ im Ausland kooperiere. (*Washington Post*, 15.2.02; FT, 15.2.02; FAZ, 15.2.02; Reuters, 7.3.02) -hol-

14 Bericht über chinesische Religionspolitik in den USA veröffentlicht

In New York wurde am 11. Februar, also wenige Tage vor der Reise des Präsidenten Bush nach Asien, von dem – unabhängigen – Committee for Investigation on Persecution of Religion in China (www.ReligiousFreedomForChina.org) der Bericht „Religion and National Security in China“ veröffentlicht. In der von Li Shixiong und Fu Xiqu zusammengestellten Publikation werden auf 141 Seiten Übersetzungen von Dokumenten des chinesischen Sicherheitsapparats über Religionsfragen präsentiert, die angeblich aus China herausgeschmuggelt wurden.

Der Gesamttext besteht aus mehreren einleitenden Beiträgen, sieben Hauptdokumenten (80 Seiten) und

fünf Anhängen, die vor allem biographische Angaben über chinesische Christen enthalten (40 Seiten). Bei den Hauptdokumenten, die aus den Jahren 1999 bis 2001 stammen sollen, handelt es sich angeblich um Dokumente der Ämter für Öffentliche Sicherheit in Beijing und in den Provinzen Anhui, Hebei und Heilongjiang (Da nur englische Übersetzungen veröffentlicht wurden, ist eine Überprüfung der Echtheit der Dokumente und der Richtigkeit und Vollständigkeit der Übersetzung kaum möglich.)

Präsident Bush wurde von den Herausgebern des Bandes aufgefordert, sich während seiner Reise für verfolgte Christen und andere religiöse Gruppen einzusetzen. (*Washington Post*, 13.2.02) -tk-

15 Neue Zeitschrift für Menschenrechte in Beijing veröffentlicht

Die China Human Rights Research Society hat Anfang des Jahres das erste Heft ihrer neuen Zeitschrift *Human Rights* veröffentlicht. Sie soll vor allem den offiziellen Standpunkt der KP-Führung zu Menschenrechtsfragen darstellen und verbreiten. Dies wird auch in einer Grußbotschaft des Politbüromitglieds und NVK-Vorsitzenden Li Peng vom 30. Januar 2002 deutlich, in der er einerseits die Bedeutung der Menschenrechte und die Rolle der Vereinten Nationen würdigt, sich andererseits jedoch klar gegen jede ausländische Einmischung in „innere Angelegenheiten“ Chinas ausspricht und feststellt: „Chinese affairs can only be managed by Chinese people.“

Es ist sicherlich kein Zufall, dass diese Meldung wenige Tage vor dem Eintreffen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush verbreitet wurde. (*Xinhua* 10.2.02, nach BBC PF, 10.2.02) -tk-